

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0705/2015
Amt/Aktenzeichen 10/10 41 15	Datum 15.04.2015	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am 28.04.2015			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Haupt- und Personalausschuss	Kenntnisnahme	13.05.2015	Ö

Betreff: E-Government-Strategie für die Landeshauptstadt Mainz
Mainz, April 2015
Michael Ebling Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Personalausschuss nimmt die Vorlage zur E-Government-Strategie der Landeshauptstadt Mainz zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Im Januar 2014 hat der Oberbürgermeister eine Projektgruppe ins Leben gerufen, um eine E-Government-Strategie für die Landeshauptstadt Mainz zu entwickeln.

Unter E-Government im weiteren Sinn ist zu verstehen

- die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen
 - o zur Information,
 - o Kommunikation und
 - o Transaktion
- innerhalb und zwischen staatlichen, kommunalen und sonstigen behördlichen Institutionen sowie zwischen diesen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern bzw. Unternehmen
- durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken.

Ziele des Projekts

- Beschreibung des Handlungsfeldes „E-Government“ für die Landeshauptstadt Mainz.
- Erarbeitung einer E-Government-Strategie, d. h.
 - o Bestimmung von Basis- und Einzelmaßnahmen,
 - o Darstellung der Abhängigkeiten der Basis- und Einzelmaßnahmen untereinander,
 - o Einbinden der laufenden und abgeschlossenen E-Government-Projekte,
 - o Erarbeiten eines Stufenplans für die Umsetzung der Strategie,
 - o Abschätzung der benötigten Ressourcen zur Umsetzung der Strategie,
 - o Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und städtischen Gesellschaften.
- Empfehlung und Konkretisierung der weiteren Vorgehensweise sowie Definition der daraus resultierenden Umsetzungsprojekte.

Durchführung des Projekts

Die Projektgruppe setzte sich aus Mitgliedern unterschiedlichster Ämter und unterschiedlicher Vorbildung zusammen, um eine breit gefächerte Fachlichkeit erreichen zu können.

Ständige Mitglieder

Projektleitung Frau Thenée	- 10 - Hauptamt
Stellv. Projektleitung Herr Kramm	- 10 - Hauptamt
Herr Schwiertz	- 16 - Kommunale Datenzentrale
Herr Lohmer	- 20 - Amt für Finanzen, Beteiligungen und Sport
Herr Helleberg	- 30 - Rechts- und Ordnungsamt
Frau Kehm	- 33 - Bürgeramt
Herr Fröder	- 67 - Grünamt (inzwischen 14 - Revisionsamt)

Beratende Mitglieder:

Herr Kloos	- Personalrat
Herr Pitsch	- 14 - Revisionsamt

In der ersten Phase des Projekts wurden eine Bestandsaufnahme durchgeführt und die Ergebnisse in einem Maßnahmenkatalog zusammengestellt, analysiert und eingeordnet. Parallel hierzu erfolgte ein interkommunaler Erfahrungsaustausch im Rahmen einer bundesweiten Befragung. Nach Auswertung aller gesammelten Daten und Informationen entwickelte die Projektgruppe eine Empfehlung für eine E-Government-Strategie für die Landeshauptstadt Mainz.

Kurzfassung der Ergebnisse

- Die Einführung der E-Government-Basismaßnahmen wurde zum Teil bei der Stadtverwaltung Mainz bereits begonnen. Es wird empfohlen, diese, insbesondere ein flächendeckendes Dokumentenmanagementsystem, eine flächendeckende elektronische Registratur, E-Payment-Verfahren und ein flächendeckendes Formularmanagement, forciert und zeitnah zu bearbeiten.
- Die Stadtverwaltung Mainz hat bereits viele verschiedene Einzelmaßnahmen im Einsatz. Es ist empfehlenswert, diese zum Teil weiter auszubauen und auf weitere Fachbereiche zu übertragen, wie z. B. die elektronische Zeiterfassung, die Bestelldatenbank oder die Online-Terminvergabe.
- Der Veränderungsprozess bedarf einer guten Organisations-, Beteiligungs- und Öffentlichkeitsarbeit (Changemanagement).

Anlage: Gesamtbericht und Broschüre